BayAGTierGesG: Art. 7 Landesausschuß

Art. 7 Landesausschuß

- (1) ¹Die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Landesausschusses werden nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Satzung vorgeschlagen und durch das Staatsministerium berufen. ²Der Landesausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. ³Er besteht aus
- 1. sieben beitragspflichtigen Landwirten; nach Vorschlag des Bayerischen Bauernverbands wird je ein Mitglied aus jedem Regierungsbezirk berufen,
- 2. einem Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Bauernverbands nach dessen Vorschlag,
- 3. einer Person, die aus den Reihen des Hauptverbands zur Förderung der tierischen Veredelungswirtschaft in Bayern e.V. vorgeschlagen wird und diesen vertritt,
- 4. zwei Tierärzten nach Vorschlag der Bayerischen Landestierärztekammer; ein Tierarzt muß beamteter Tierarzt sein,
- 5. zwei vom Staatsministerium bestimmten, in der Bekämpfung von Tierseuchen erfahrenen Beamten,
- 6. einer Person, die das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus vertritt.
- ⁴Für jedes Mitglied des Landesausschusses ist ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. ⁵Die Amtsdauer beträgt mindestens drei Jahre, eine wiederholte Bestellung ist zulässig. ⁶Der Landesausschuß ist mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- (2) ¹Er beschließt
- 1. über die Satzung, in der die eigenen Angelegenheiten der Anstalt zu regeln sind,
- 2. über die Satzung, die die Beiträge und ihre Erhebung regelt, den Haushaltsplan, die Entlastung der Geschäftsführung am Jahresabschluß und die Leistungen der Anstalt, soweit sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind,
- 3. über die Dauer der Mitgliedschaft im Landesausschuß,
- 4. über die Geschäftsordnung.

²Der Landesausschuß

- 1. überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung,
- 2. erteilt sein Einvernehmen zur Bestellung der Geschäftsführung durch das Staatsministerium.
- (3) Die Mitglieder des Landesausschusses erhalten Ersatz ihrer Reisekosten sowie Tagegelder nach Maßgabe der Satzung.
- (4) Die Vorschriften des siebten Teils des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) in der jeweils geltenden Fassung sind entsprechend anwendbar.